



ANDREAS OTTO

Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin

HELMHOLTZPLATZ • FALKPLATZ • ARNIMPLATZ



Foto: Bernd Friedel

WAHLKREISINFO 2016

Im November hat das Berliner Abgeordnetenhaus ein Gesetz für bessere Wohnraumversorgung beschlossen. Angestoßen wurde das Gesetzgebungsverfahren durch das Mietenvolksbegehren, das durch viele Prenzlauer Berger Mieter im letzten Frühjahr unterstützt wurde. Ich habe dem Gesetz im Parlament zugestimmt, u.a. weil die über 12.000 Mietwohnungen der GEWOBAG in Prenzlauer Berg bezahlbar bleiben werden. Die Mieten müssen bei Haushalten mit wenig Geld bei 30 Prozent des Einkommens gekappt werden. Von frei werden den Wohnungen müssen jetzt 55 Prozent an Haushalte in Not oder mit geringem Einkommen und Wohnberechtigungsschein vergeben werden. Bei einer Fluktuation von etwa sieben Prozent sind das gut 450 Wohnungen pro Jahr, die für Alleinerziehende, Arbeitslose oder andere Menschen mit wenig Geld zur Verfügung stehen.

Dazu kommen geförderte Neubauwohnungen, welche die landeseigenen Gesellschaften errichten sollen. Die neue Förderung des Senats für Wohnungsbau darf nicht in alte Muster zurückfallen und nur Eigentümer und Banken reich machen, sondern muss dauerhaft günstige Mieten zum Ziel haben. Durch Fördermittel für private Investoren wurden im alten Westberlin sogenannte Sozialwohnungen errichtet. Aufgrund des nicht funktionierenden Fördermechanismus haben sie allerdings heute in vielen Fällen Mieten erreicht, die weit über vergleichbaren Mieten am freien Markt liegen. Die Fördermittel haben ihren Zweck nicht erfüllt, sind aber trotzdem weg. Auch in Prenzlauer Berg sind in den neunziger Jahren nach diesem Prinzip Wohnungen gebaut worden.



Foto: Dennis Probst

Zeit für gerechte Wohnungspolitik

Die sogenannten Kostenmieten können dabei im Einzelfall mehr als 15 Euro pro Quadratmeter erreichen. Für viele Mieter nicht bezahlbar. Dieses Problem haben wir im Abgeordnetenhaus lange diskutiert, ohne dass die Koalition aus SPD und CDU Abhilfe schaffen wollte. Durch den Druck des Volksbegehrens bekommen Sozialmieter jetzt individuelle Zuschüsse. Das Volksbegehren hat große Wirkung entfaltet, ohne dass es überhaupt zu einem Volksentscheid kommen musste. Anders als bei Tempelhof, wo es um die Freihaltung des Feldes ging, hat der Senat auf Verhandlungen mit den Initiatoren gesetzt. Das ist ein Modell, wie

auch künftig Interessenausgleich zwischen Regierung und breit getragenen Initiativen stattfinden kann. Spätestens, wenn es um viel Geld geht, sind solche Kompromisse unerlässlich. Das Abgeordnetenhaus muss abwägen, wie es die Haushaltsmittel auf Investitionen, Bildung, Personal und die immer wichtiger werdende Wohnungspolitik verteilt. Das jetzt beschlossene Wohnraumversorgungsgesetz hat längst nicht alle wohnungspolitischen Probleme der Stadt erledigt. Notwendig sind eine ökologische und soziale Neubaupolitik, der Ausbau von sozialen Erhaltungsgebieten und eine sozial verträgliche energetische

Modernisierung der Wohnungsbestände in Berlin. Die Kosten dafür müssen gerechter verteilt sein. Auch dazu ist jetzt ein erster, aber kleiner Schritt gemacht. Der Senat wird aus einem Wohnraumförderfonds auch Geld für die Modernisierung von Wohnungen zur Verfügung stellen. Wo der Staat sich beteiligt, werden Mieter entlastet.

Aber das reicht mir noch nicht. Angesichts niedrigster Zinsen möchte ich erreichen, dass die Mieter bei Modernisierungen nicht mehr 11% der Baukosten bezahlen müssen, sondern höchstens die Hälfte. Es gibt also noch einiges zu tun.

Liebe Leserin, lieber Leser,

Im Herbst wird in Berlin gewählt. Die Regierungskoalition ist schon im Wahlkampfmodus und macht allerlei Versprechen - zuletzt Kostenfreiheit für den Schulhort. Auf den ersten Blick eine soziale Tat. Aber wenn mich Eltern ansprechen, geht es nie um die gestaffelten Elternbeiträge, sondern immer um die Qualität: Mehr Personal und bessere Betreuung - das brauchen wir.

Viele Schulen in Prenzlauer Berg haben nach wie vor eine Runderneuerung nötig, sind stark sanierungsbedürftig. Zudem braucht der Bezirk dringend neue Schulen. Pankows Bevölkerung wächst und boomt. Doch die Baupolitik der Großen Koalition hat nur die neuen Wohnungen im Blick. Flächen für Kinder, für Senioren, zur Erholung, für Arbeitsplätze? Soziale Infrastruktur? Fehlanzeige. Genau diese Mischung brauchen wir aber. Das ist jedenfalls die Stadtentwicklung, für die ich im Abgeordnetenhaus eintrete. Ich kämpfe dafür, dass es im Herbst eine Regierung in Berlin gibt, die genau solche Ziele verfolgt. Dafür kandidiere ich am 18. September erneut als Ihr Abgeordneter.

Bis dahin bin ich noch mit der Untersuchung des BER-Desasters befasst. Am Ende wird der Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses mit den Erkenntnissen aus über 70 Zeugenbefragungen und unzähligen Akten vorliegen - inklusive Empfehlungen für andere Bauprojekte. Damit Berlin zukünftig besser funktioniert.

Wenn Sie mehr über meine tägliche Arbeit wissen wollen, folgen Sie mir auf twitter oder facebook. Oder wir sehen uns demnächst vor Ort - vielleicht auf dem Helmholtzplatz?

Bis bald - Ihr **Andreas Otto**

Flüchtlinge aufnehmen und integrieren

Wenn Menschen neu in ein Land, eine Stadt, einen Kiez kommen, hat das Änderungen zur Folge. Die Neuankömmlinge müssen sich anpassen und die Eingewohnten müssen damit leben, dass es nicht nur voller wird, sondern auch andere Kulturen, Religionen und Lebensweisen hinzustoßen. Darauf lassen sich die Menschen in Prenzlauer Berg gerne ein. Viele Menschen im Kiez engagieren sich für Flüchtlinge, die in Sporthallen in der Malmöer Straße, der Winsstraße oder der Wichertstraße leben. Es gibt Deutsch-Unterricht, Begegnungs-Cafés oder Hilfe in Ämtern. Vielen Dank dafür!

All das soll Menschen aus Syrien oder anderen Ländern, in denen Krieg und Not herrschen, helfen, sich zurechtzufinden. Sie sollen die Gesellschaft in Berlin kennenlernen und zu den Nachbarn freundschaftliche Kontakte entwickeln können.

Das ist eine entscheidende Voraussetzung für ein konfliktarmes Zusammenleben. Anlässlich eines Einsatzes in der Kleiderkammer Driesener Straße habe ich manche Flüchtlinge gesprochen, die sich das auch so wünschen. Egal aber, ob Menschen in Berlin bleiben werden oder irgendwann in die Heimat zurückkehren, die Unterbringung muss verbessert werden. Sporthallen als Notunterkünfte, in denen Menschen in einem Riesensaal schlafen und es keine Rückzugsräume gibt, sind ungeeignet.

Der Senat hat große Probleme damit, ordentliche Unterkünfte zu schaffen. Auch der Bau der sogenannten modularen Gemeinschaftsunterkünfte, quasi Wohngemeinschaften auf minimaler Wohnfläche, verzögert sich immer weiter. Der Wohnungsneubau, ohnehin ein schwieriger Prozess angesichts des großen prognosti-



Foto: Dennis Probst

Notunterkunft Malmöer Straße

zierten Bevölkerungswachstums und der schlechten Vorbereitung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, schleppt sich mühsam dahin. Deswegen plädiere ich dafür, mehr leerstehende andere Gebäude herzurichten und zu nutzen. So stehen z.B. in der Treskowstraße oder der Conrad-Blenkle-Straße seit langem Gebäude leer. Auf meine schriftliche Anfrage an den Senat zu mehreren Immobilien bekam ich die Auskunft, es würde „daran gearbeitet“. Angesichts der enormen Managementprobleme im Senat und im zuständigen Landesamt ist eine schnelle Verbesserung nicht in Sicht. Ich bleibe aber dran.



25 neue Schulen für Pankow

Zeitgemäße Schulbauten sind eine gewaltige Hausaufgabe für Berlin. Auf circa 2 Milliarden Euro wird der Sanierungsstau derzeit insgesamt geschätzt. Aus der SPD-Agenda „Sparen, bis es quietscht“ wurde durch das ruinöse und strukturelle Vernachlässigen unserer Bildungseinrichtungen ein erbärmliches „Sparen, bis es riecht“. Marode Toiletten, undichte Dächer und Fenster, kaputte Turnhallen, gemeingefährliche Haustechnik, ... Die Liste des staatlichen Versagens ist lang und für Lehrkräfte wie Schülerinnen und Schüler oft deprimierend.

Höchste Zeit, dass sich die Berliner Bildungspolitik ehrlich macht und konkrete Zahlen des Investitionsbedarfs nennt, anstatt mit immer neuen kurzfristigen Trostpflaster-Finanzierungen (Stichwort Toiletten-sanierungsprogramm) mehr Bürokratie zu erzeugen als Probleme zu lösen. Was wir brauchen, sind straffere Verwaltungsabläufe, mehr Transparenz und ein klares Bekenntnis der Politik: Wie hoch ist der Bedarf und wie wird er abgearbeitet. Nach unseren derzeitigen Berechnungen sind jährlich 270 Millionen Euro an Sanierungsmitteln notwendig, um den ruinösen Verfall unserer Schulgebäude zu stoppen. Wir müssen jedoch nicht nur vorhandene Gebäude auf Vordermann bringen, son-

dern dringend zusätzliche Schulen bauen. Das gilt für keinen Bezirk mehr als für Pankow.

Allein acht zusätzliche Grundschulen brauchen wir hier bis 2020 nach den neuen Berechnungen des Bezirksamts. Bis 2025 dann gleich noch einmal so viele, und auch drei bis vier neue Sekundarschulen sowie fünf Gymnasien. In Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf sieht es übrigens ganz ähnlich aus. Deshalb müssen wir, konservativ gerechnet, schnellstens 400 Millionen Euro für neue Schulen zur Verfügung stellen! Das dürfen keine Container-Kisten, sondern müssen anständige, auf Nachhaltigkeit und pädagogische Qualität angelegte Schulen sein. Nach Vorstellungen

von Bündnis 90/Die Grünen wären das Immobilien, die bei nur 3-5% höheren Baukosten auch energetisch auf dem neuesten Stand sind, also mehr Energie erzeugen als sie selbst verbrauchen.

Gerade für Pankow und den gesamten Berliner Nordosten brauchen wir ganz dringend ein „**Bündnis für Schulbau**“. Dies muss mindestens drei Dinge leisten:

- 1. Die Schulentwicklungsplanung schnellstens aktualisieren**
- 2. Diese in ein umfassendes Stadtentwicklungskonzept integrieren**
- 3. Die konkreten Planungs- und Entscheidungsprozesse deutlich beschleunigen.**

Nur so können wir serienweise Container- und Modulare Ergänzungsbauten vermeiden und echte, gute Schulen für das 21. Jahrhundert bauen.



Foto: Privat

Stefanie Remlinger, MDA
Sprecherin für Bildung
und berufliche Bildung, B90/Grüne

Sanierung und Neubau von Schulen werden uns in der kommenden Dekade jährlich rund eine halbe Milliarde Euro kosten. Das ist wirklich eine große Herausforderung, aber die Investitionen sind absolut notwendig – ohne Wenn und Aber. Wer hieran Zweifel hegt, war nie zu Gast an einer x-beliebigen Berliner Schule.

Ich kann allen Zweiflern versprechen, dass sich die Ausgaben lohnen werden. Eine bessere Umsatzrendite für die Gesellschaft kriegt man nirgendwo!

BER selbst 2017 nicht am Start

Der BER ist kein Flughafen, sondern ein Projekt, haben die Richter im Schadenersatzverfahren von Air Berlin gegen die Flughafengesellschaft festgestellt. Das war 2014. Der Geschäftsführer hieß ... na? Erinnert sich noch jemand an Hartmut Mehdorn?

Eine bunte Reihe an Geschäftsführern, Technischen Leitern und sonstigen Zuständigen hat seit 2012 an einem simplen Terminal herumgedoktort. Im Untersuchungsausschuss klären wir auf, welche Ursachen dieses Desaster hat. Über 70 Zeugen aus Technik, kaufmännischem Bereich, Aufsichtsrat und sonstige Experten haben wir befragt. Neben der Tatsache, dass niemand den Überblick hatte, fällt auf, dass sehr wohl Einige um die vielen Probleme wussten. Aber niemand hat die Traute gehabt, sich laut zu melden! Der Projektsteuerer nicht, der hat nur an die Geschäftsführung berichtet. Die Geschäftsführung hat ihre Türen zugehalten, wenn unangenehme Nachrichten kamen. Ebenso die Aufsichtsräte um Klaus Wowereit und Matthias Platzeck. Daneben gab es schon vor 2012 Auftragnehmer, die die Bauarbeiten nicht beschleunigt, sondern eher verzögert haben. Strei über die Qualität von Planungen, ungenügender Personaleinsatz bei gleichzeitig eingereichten Nachträgen und zum Teil überhöhten Rechnungen.

So was kommt auf vielen Baustellen vor. Aber ein Bauherr muss solches Tun erstens erkennen und zweitens bekämpfen. Die Berliner Flughafengesellschaft war dazu nicht in der Lage.

Und jetzt steht die Frage im Raum, ob das heute eigentlich besser ist. Die aktuelle Geschäftsführung macht einen ehrlichen Eindruck, weil sie zugibt, dass bereits ein Rückstand von drei bis vier Monaten auf den aktuellen Plan – bauliche Fertigstellung Sommer 2016, Eröffnung Herbst 2017 – besteht. Gleichzeitig wird über Erweiterungen und deutlich höhere Passagierzahlen diskutiert. Bereits Hartmut Mehdorn wollte sich nicht mit der „simplen“ Fertigstellung aufhalten, sondern das BER-Terminal ergänzen. Frei nach dem Motto: Mit Kleinigkeiten halten wir uns gar nicht auf.

Nicht 20 oder 25, sondern gleich 30 oder 40 Millionen Passagiere pro Jahr sollen am BER starten können! Solche Überlegungen sollte anstellen, wer sein privates Geld investiert und dessen Zeitplan sein eigener ist. Der BER sollte einmal im Herbst 2011 starten. Eröffnung 2017 heißt: Sechs Jahre Verzug! Die Kosten steigen auf über 5 Mrd. Euro. Geld, das Berlin und Brandenburg angesichts der wachsenden Bevölkerung und des mangelhaften Zustandes von Schulen, Straßen und Verwaltung besser hätten investieren können.

Der Regierende Bürgermeister Müller hat den Vorsitz im Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft übernommen. Er muss dafür sorgen, dass die Organisation zielgerichtet arbeitet und BER doch noch eröffnet. Am besten tatsächlich 2017. Zweifel daran gibt es reichlich. Die müssen ausgeräumt werden. Und zwar vor der Wahl im September. Damit nicht am Tag danach das böse Erwachen folgt.

Sicher bauen an der Bösebrücke

Während eines Lokaltermins an der Umleitungsstrecke Malmöer Straße haben mich BürgerInnen auf mangelnde Sicherheit für Fußgänger hingewiesen, die ich an die Verkehrslenkung Berlin (VLB) mit der Bitte um Änderung übermittelt habe. Die VLB hat reagiert und Missstände beseitigt.



Malmöer Str. Ecke Paul-Robeson-Straße



Malmöer Str. Ecke Bornholmer Straße

Problem:

Das in der Paul-Robeson-Straße aufgestellte Verkehrsschild, das auf die Ampel in der Malmöer Straße hinweist, wurde durch die Äste eines Baumes verdeckt. In der Folge fuhren nach rechts in die Malmöer Straße abbiegende Autos in die Grünphase des Übergangs hinein.

Lösung:

An der Paul-Robeson-Straße Ecke Malmöer steht jetzt ein STOP-Schild. Dadurch wird es unwahrscheinlicher, dass Rechtsabbieger in die Fußgänger hineinrauschen. Ein Halteverbot in diesem Bereich stellt die Sichtbarkeit sicher.

Weiteres Problem:

Die Ampelschaltung und Verkehrsführung Ecke Malmöer/Bornholmer Straße: Die von Westen von der Bösebrücke kommenden Radfahrer hatten gleichzeitig mit den die Bornholmer Str. (Höhe Tram-Haltestelle) querenden Fußgängern grün. Das führte dazu, dass Radfahrer mit zum Teil hoher Geschwindigkeit in die Fußgänger hineingefahren sind. Besonders für Schulkinder aus der Grundschule in der Ibsenstraße eine gefährliche Situation.

Lösung:

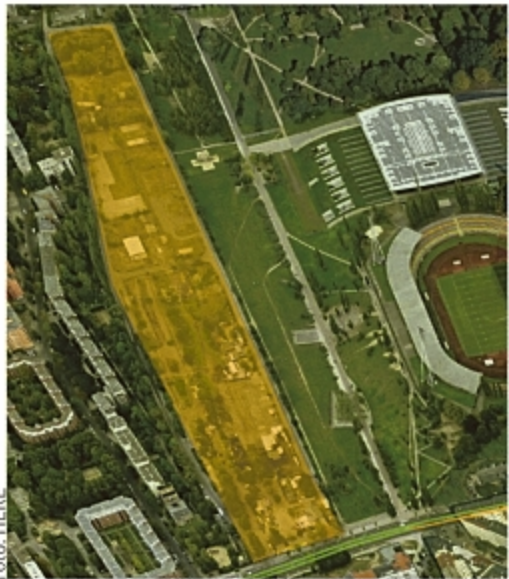
Die Verkehrsführung für Radfahrer wurde so modifiziert, dass vor dem Wartebereich für Fußgänger eine Sperre für Radfahrer errichtet und die Wegführung am Wartebereich optisch verstärkt wurde.



Mauerpark: Mehr Grün, mehr Erholung, mehr Kultur!

Der Mauerpark ist nicht nur ein Ort der Erholung und Kultur, sondern zugleich ein Symbol, das Ost und West – auf grüne Weise – verbindet. Ein Vierteljahrhundert nach dem Mauerfall wird der Park auf dem ehemaligen Grenzstreifen nun endlich Richtung Westen auf einer Fläche von insgesamt 16 Hektar vollendet. Allen, die sich für dieses Projekt in den letzten 25 Jahren eingesetzt haben, gebührt mein Dank.

Ende Januar hat die BVV in Pankow für eine Änderung des Verlaufs der Bezirksgrenze zwischen Wedding und Prenzlauer Berg durch Zuordnung einer Fläche von ca. 7 ha zum Bezirk Pankow votiert. Stimmt noch die BVV im Bezirk Mitte zu, steht der Gebietsübertragung nichts mehr im Wege. Ab Mai sollen auf knapp 5 ha öffentlicher Grünfläche befestigte Wege, Liegewiesen, Grillplätze und ein Spielplatz entstehen. 2 ha sind als Sondergebietsfläche (Mauersegler, Flohmarkt, usw.) vorgesehen.



Erweiterungsfläche Mauerpark

Seit 2016 ist das Land Berlin Eigentümer des sieben Hektar großen Gebiets. Der Eigentümerwechsel wurde allerdings durch einen Kuhhandel realisiert, der dem bisherigen Besitzer Baurecht für ein Wohnviertel nördlich der Gleimstraße zusicherte. Mitten im Grünen entstehen dort Mehrfamilienhäuser. Aufgrund der großen Baumasse, der Lage und den zweifelhaften Kopplungsgeschäften mit dem Investor Groth konnte die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen am Ende dem Bauvorhaben nicht zustimmen.

Klare Vorfahrt fürs Fahrrad!

Modernes Netz aus Fahrradstraßen und Radschnellwegen für Berlin

Berlin muss endlich mehr für die Radfahrerinnen und Radfahrer machen. Fehlende oder zugestellte Fahrradstreifen, zu wenige Fahrradbügel an den Bahnhöfen oder unsichere Kreuzungen - die To-Do-Liste ist lang und der Senat ist zu lahm oder unwillig, diese anzugehen. Das schafft nicht nur Frust, sondern ist auch tagtäglich brandgefährlich. Und auch das Beheben der bekannten Missstände reicht schon lange nicht mehr. Denn das Fahrrad ist das klima- und umweltfreundlichste Verkehrsmittel. Das Fahrrad schafft enorme wirtschaftliche Mehrwerte, in der Fahrradwirtschaft arbeiten in Berlin mehr Menschen als in der Autoindustrie. Und schließlich hält das Fahrrad einfach fit.

Wir schlagen ein berlinweites Netz aus Fahrradstraßen und Radschnellwegen vor. Fahrradstraßen gibt es in Berlin noch selten, werden aber immer beliebter. Eines der wenigen Beispiele für eine gute Fahrradstraße ist die Choriner Straße im Prenzlauer Berg, die die Schönhauser Allee mit der Torstraße verbindet. Fahrradstraßen bieten Routen abseits des Autoverkehrs ohne Lärm und Gestank, mit genügend Platz, um auch zu zweit nebeneinander zu fahren oder stressfrei überholen zu können. Autos sind mit Ausnahme von Anliegern regel-

mäßig außen vor. KraftfahrerInnen müssen den Radfahrenden jedenfalls Vorrang einräumen und langsamer fahren um Radfahrende nicht zu behindern. Im Gegensatz zu Fahrradstreifen genießen Fahrradstraßen einen guten Ruf bei Radfahrenden von jung bis alt.



Stefan Gelbhaar, MdA
Sprecher für Verkehrspolitik, B90/Grüne

Fahrradstraßen müssen mit Blick auf die Gesamtstadt geplant werden, sie liegen regelmäßig in Nebenstraßen. Zuständig sind also fast immer die Bezirke. Als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus haben wir im Rahmen einer wissenschaftlichen Studie die Kriterien für gute Fahrradstraßen unter-

sucht und definiert, sowie darauf aufbauend ein Konzept für ein berlinweites Netz von Fahrradstraßen erstellt. Die Kriterien eines Fahrradnetzes wurden mit Verbänden, BezirksvertreterInnen und im Rahmen eines öffentlichen Fachgespräches erarbeitet. Die Kriterien wurden auf fahrradnetz-berlin.de vorgestellt.

Die Berlinerinnen und Berliner konnten Vorschläge für Fahrradstraßen machen und haben von dieser Möglichkeit hundertfach Gebrauch gemacht. Die Ideen flossen ein in den konkreten Vorschlag für ein berlinweites Netz aus Fahrradstraßen. Aus alledem wurde der Antrag "Berlin wird Fahrradstadt - Berlin braucht ein Fahrradstraßennetz".

Der bündnisgrüne Antrag forderte den Senat auf, eine Nord-Süd-Route und eine Ost-West-Route als Pilotprojekte gemeinsam mit der Stadtgesellschaft und den Bezirken umzusetzen. Die Koalitionsfraktionen von SPD und CDU haben den Antrag ohne nachvollziehbare Argumente abgelehnt.

Gleichwohl hat das Projekt schon jetzt einiges bewirkt. Mehrere Bezirke haben sich die Vorschläge zu eigen gemacht und begonnen, neue Fahrradstraßen einzurichten. Und auch die Initiative für einen Volksentscheid zum Radverkehr („Radentscheid“) hat ein Fahrradstraßennetz zu ihrem Kernanliegen erhoben. Als Bündnisgrüne legen wir auch noch einmal nach und ergänzen aktuell unsere Forderungen nach einem Fahrradstraßennetz um Radschnellrouten für Pendlerinnen und Pendler. Vorschläge sind erneut willkommen: Via fahrradnetz-berlin.de!

Die Fahrradstadt Berlin kommt - ob mit oder ohne SPD und CDU. Die Zeit ist reif, Berlin will mehr Platz fürs Fahrrad!

Kiez braucht Platz für jung und alt

Sich treffen, miteinander plaudern, Verabredungen treffen: Kaum etwas stärkt den Zusammenhalt einer Nachbarschaft mehr als die direkte Begegnung. Mein Ziel ist es, bestehende Strukturen, wo diese Kommunikation stattfindet, zu stärken und auszubauen. Unser lebendiger Kiez ist sehr jung. Deswegen brauchen wir Familienzentren mit vielfältigen Angeboten. Aber selbstverständlich müssen wir auch an unsere Seniorinnen und Senioren denken.

Ein schönes Beispiel für einen gelungenen Treffpunkt auch für ältere Menschen ist die SeniorInnenbegegnungsstätte „Herbstlaube“ mit dem Gründerzeitmuseum „Zimmermeister Brunzel baut ein Mietshaus“ in der Dunckerstraße. In ehrenamtlicher Arbeit werden Kulturveranstaltungen, wie Konzerte, Lesungen oder Vorträge organisiert. Vier Tage pro Woche trifft man sich zum Plaudern bei Kaffee und Tee.

Generationsübergreifend wichtig ist das ebenfalls dort zu findende Gründerzeitmuseum. In der Wohnung mit au-

thentischer Wohnungseinrichtung aus der Jahrhundertwende können jüngere Menschen erleben, wie man vor über 100 Jahren im Prenzlauer Berg gewohnt hat. Die Seniorinnen und Senioren aus der Herbstlaube führen Gruppen von Kita- und Schulkindern oder andere Interessierte durch die Wohnung und stellen das Alltagsleben zu Beginn des letzten Jahrhunderts vor. Dieser Austausch mit älteren Menschen ist für Kinder enorm wichtig, wachsen doch die meisten von Ihnen hier ohne Oma und Opa auf. Im Jahr 2013 stand der Erhalt der „Herbstlaube“ wegen fehlenden Geldes auf dem Spiel. Ich habe mich gefreut, dass auf Initiative von Bündnis 90/Die Grünen die BVV und das Bezirksamt überzeugt werden konnten, Geld für die Seniorinnen aus dem Haushalt bereit zu stellen.

Das war ein Erfolg, ändert aber nichts an der Tatsache, dass die soziale Infrastruktur in den Berliner Kiezen, trotz enormen ehrenamtlichen Engagements, immer wieder auf dem Spiel steht. Das

gilt auch für den Kiezladen Zusammenhalt e. V. in der Dunckerstraße. Ein Projekt, das sich als selbstorganisierter Nachbarschaftstreff inzwischen durch Mitglieder und Spenden finanziert. Seit der Helmholtzplatz kein Sanierungsgebiet mehr ist, muss die Miete durch den Verein überwiegend selbst aufgebracht werden. Ohne das Engagement der Ehrenamtlichen, Mitglieder und Spender gäbe es die zahlreichen Angebote dort nicht mehr.

Es ist unser Ziel, soziale und ehrenamtliche Projekte sowie Stadtteil- und Familienzentren oder Begegnungsstätten zu sichern und auszubauen.

Denn diese Orte sind eine Voraussetzung für eine funktionierende und gesunde Gesellschaft.



Daniela Billig
Fraktionsvorsitzende Pankow, B90/Grüne

> IMPRESSUM

ViSdP: Andreas Otto, MdA

Redaktion: Dennis Probst

Layout: Constanze Siedenburger

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin, Feb 2016

Auflage: 25.000

Naschen und Spielen im Gleimkiez-Dschungel



Foto: Dennis Probst

Mehr Dschungel als Spielplatz (Herbst 2015)

Am 20. Januar eröffnete Bezirksstadtrat Jens-Holger Kirchner gemeinsam mit Kindern aus der Kita „Gleimstrolche“ den sanierten Spielplatz an der Kopenhagener Straße 11. Dieser als „Affenspielplatz“ benannte Ort verdankt seinen Namen der Bronzeplastik „Orang-Utan-Kinder“ von Stefan Horota.

Der gegenüberliegende, ebenfalls sanierte „Dschungelspielplatz“ war schon vorher, ohne Festakt, von Kindern und Eltern in Besitz genommen worden. Vorausgegangen waren intensive Debatten zwischen Verwaltung und Bürgerschaft über fehlende Spielmöglichkeiten im Kiez und über angemessene Bürger-

beteiligung bei Planung und Bau der Spielplätze. Letztlich haben Anwohner, Nutzer und Kinder ihre Ideen, Wünsche und Vorschläge eingebracht und sich bei Arbeitseinsätzen an den Bauarbeiten beteiligt.

Eine Besonderheit am „Affenspielplatz“ sind die Hochbeete, die ab Frühjahr von großen und kleinen Kindern bestellt und geerntet werden können. Mit den Hochbeeten korrespondiert auf dem gegenüberliegenden Dschungelspielplatz ein Apfelbaum der Sorte „Rheinischer Winterrambur“, der dort vor einigen Jahren von engagierten Bürgerinnen und Bürgern gepflanzt wurde. So werden sich die beiden Spielplätze in den nächsten Jahren zu Naschplätzen entwickeln können. Eine weitere Besonderheit am Affenspielplatz wird ein Wasserspielplatz sein, der ohne das engagierte Ringen von Anwohnerinnen und Anwohnern des Gleimviertels nicht möglich gewesen wäre. Dieser wird im Zusammenhang mit dem im Bau befindlichen Nachbarhaus realisiert werden können. Obwohl der Spielplatz noch nicht ganz fertig ist, haben die Kinder ihn schon



Foto: Dennis Probst

Arbeitseinsatz im August 2015

freudig in Besitz genommen. Im Winter geht's auch ohne Wasser und Provisorien funktionieren in Berlin sowieso ganz gut, indem sie sich durch Gebrauch weiterentwickeln.

Gekostet haben die Maßnahmen auf den Spielplätzen 180.000 Euro; finanziert wurden sie aus dem Förderprogramm „Stadtumbau Ost“.



Foto: Dennis Probst

Der Dschungelspielplatz heute



Foto: Dennis Probst

Neue Spielgeräte auf dem Affenspielplatz

Kontakt:

Raumerstraße 24
10437 Berlin
Fon: 030 2325-2445

Zu folgenden Zeiten sind meine Mitarbeiter für Sie vor Ort:

Montag 17:00 - 19:00 Uhr
Mittwoch 09:00 - 12:00 Uhr
Donnerstag 15:00 - 17:00 Uhr

Weitere Termine nach Vereinbarung.

otto-direkt.de

wahlkreis@otto-direkt.de
facebook.com/fp.andreas.otto
twitter: @otto_direkt

Quiz

1) Wie viele Zeugen wurden im Untersuchungsausschuss BER bisher befragt?

- P) Siebzehn
Ö) Fast 40
M) Über 70

2) Zimmermeister Brunzel hauste ...

- A) ... in der Dunckerstraße.
K) ... auf dem Helmholtzplatz.
A) ... im Kiezladen Zusammenhalt e. V.

3) Der Antrag „Berlin wird Fahrradstadt – Berlin braucht ein Fahrradstraßennetz“ wurde Anfang 2015 ins Plenum des Abgeordnetenhauses eingebracht und ...

- O) ... einstimmig angenommen.
L) ... mit den Stimmen von CDU und SPD abgelehnt.
C) ... in den Ausschuss für Verkehr überwiesen.



Foto: Dennis Probst

4) Wie wird der wiedereröffnete Spielplatz in der Kopenhagener Str. 11 auch genannt?

- K) Strolche-Hort.
T) Gleim-Dschungel.
M) Affenspielplatz.

5) Dieses Jahr haben die BerlinerInnen die Chance, sich für eine ökologisch-nachhaltige und sozial-faire Wohnungspolitik zu entscheiden. Gewählt wird am ...

- E) 11. September
Ö) 18. September
E) 02. Oktober

Gewinnerin des letzten Rätsels war Frau Annett Hehmann. Einen Tag hat sie Andreas Otto bei der Arbeit im Abgeordnetenhaus begleitet.

Wenn auch Sie am 13. April 2016 einen Blick hinter die politische Kulisse Berlins werfen möchten, mailen Sie bis 31.03.2016 das Lösungswort im Betreff an andreas.otto@gruene-fraktion-berlin.de

6) Allein bis 2020 braucht der Bezirk Pankow wie viele zusätzliche Grundschulen?

- E) Acht.
I) Neun.
S) Zehn.

7) Die VLB ist eine Abteilung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt. Wofür steht die Abkürzung?

- S) Verkehrslähmung Berlin
R) Verkehrslenkung Berlin
T) Verband der Lehr- und Beratungskräfte für Haushalt und Verbrauch im ländlichen Raum

Lösungswort

1	2	3	4	5	6	7
---	---	---	---	---	---	---